

„It's the Strategy, Stupid!“

Christoph Jansen, Lisa Kreuzenbeck und Manuel B. Wilmanns

Es ist unzweifelhaft nötig, eine ausführliche und ehrliche Debatte zu Themen wie den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu führen. Deshalb begrüßen wir das hier stattfindende Streitgespräch. Eine Entscheidungsmatrix, die eine solche Debatte auf in Zahlen angegebene Kosten und Nutzen reduziert, kann der Bedeutung und Komplexität der Diskussion aber unmöglich gerecht werden. Vielmehr muss eine solche Debatte ausgehend von den Interessen und Werten deutscher Außenpolitik geführt werden. Denkanstöße zu Inhalt und Kultur dieser Auseinandersetzung werden hier vorgestellt.

Deutsche Interessen

Außenpolitik ist ein Prozess, der eigene Ziele im Verhältnis zur Außenwelt identifiziert und darauf aufbauend verfolgt. Auf europäischer Ebene werden ausgewählte gemeinsame Interessen der Mitgliedstaaten verfolgt; die Definition dieser Interessen geschieht aber immer noch in den Hauptstädten – Europäische Sicherheitsstrategie hin oder her.¹ Auch die Verfolgung der nicht durch gemeinsame Interessen abgedeckten Ziele wird von dort aus betrieben. Deutsche Interessen können also nicht in europäischen aufgehen, wie es landauf, landab heißt, sind aber in großen Teilen mit diesen identisch. Bleibt die Frage, wodurch sich deutsche Interessen von denen unserer Nachbarn unterscheiden.

Bis zum Mauerfall waren spezifisch bundesrepublikanische Interessen mit Wiedererlangung der Souveränität und Wiedervereinigung klar definiert, wie der Ausgangsartikel dieser Debatte richtig feststellt. Um die Beantwortung der Frage, was danach gilt, drücken sich die Autoren aber konsequent. Ihre Entscheidungsmatrix, die sich lediglich auf konkrete Einzelfälle bezieht, kann keinesfalls als Grundlage einer Diskussion über außenpolitische Leitlinien und deutsche Interessen dienen. Denn Einzelentscheidungen können nur auf Grundlage einer langfristigen

1 Vgl. Allen, David (2001): 'Who Speaks for Europe?' The Search for an Effective and Coherent External Policy, in: Peterson, John / Sjursen, Helene (Hrsg.): A Common Foreign Policy for Europe? Competing Visions of the CFSP, London, Routledge, S. 43-60.

außenpolitischen Strategie gefällt werden. Letztere muss zunächst definiert werden.

Sicherheit vor Bedrohungen von außen, globale Abrüstung, Energiesicherheit, freie Handels- und Kommunikationswege, eine starke Völkerrechtsordnung, der Schutz globaler Umweltgüter: Dies sind alles Beispiele deutscher Interessen, die nur gemeinsam im europäischen Rahmen verfolgt werden können. Aber was ist heute das spezifisch nationale Interesse? Nach dem Ende des Kalten Krieges ist es im deutschen Interesse, den Status als europäische Mittelmacht auszubauen, ohne das Gleichgewicht der Kräfte in Europa zu stören, um den eigenen strategischen Einfluss in Europa zu stärken und so im Bewusstsein der Vergangenheit global die Zukunft mitgestalten zu können.

Werteorientierte Außenpolitik

Moral und Werte in der Außenpolitik werden von den Autoren des Ausgangsartikels stiefmütterlich behandelt: „Und die Moral? – Aber sicher!“ heißt es in dem Plädoyer. Moralische Werte seien eine absolute Größe und hätten keinen Platz in einer Entscheidungsmatrix, die auf die Durchsetzung von praktischen Interessen ausgerichtet ist. Inwiefern das in Artikel 1 des Grundgesetzes verankerte Bekenntnis zur Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte, das als Teil der politisch korrekten Doktrin beschrieben wird, Einzug in die deutsche Außenpolitik erhalten sollte, bleibt in dem Ausgangsartikel unbeantwortet. Dabei ist für einen offenen Dialog über die deutschen Interessen eine Diskussion des konkreten Einflusses von Werten und Moral auf die deutsche Außenpolitik unumgänglich.

Eine moralische oder wertorientierte Außenpolitik hat nach unserer Ansicht auch eine realpolitische Dimension. Aus machtpolitischer Perspektive ist eine Außenpolitik, die sich für den Schutz der Menschenrechte und den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen weltweit einsetzt, im deutschen Interesse. Denn so wird die Ordnung jenseits des postmodernen Europas der europäischen angeglichen. Eine wertorientierte Außenpolitik trägt daher ultimativ zur Durchsetzung von deutschen Interessen wie mehr Sicherheit, mehr Stabilität und größerem Einflussvermögen bei.²

2 Vgl. Rifkin, Jeremy (2004): *The European Dream. How Europe's Vision of the Future Is Quietly Eclipsing the American Dream*, Cambridge, Polity Press.

Die Art und Weise, wie eine wertorientierte Außenpolitik eine Transformation von „Mars“ zu „Venus“ befördern kann, ist die eigentlich kritische Frage. Sie wird von den Autoren des Ausgangsartikels komplett ignoriert. In jedem Fall muss deutsche Außenpolitik den Anspruch haben, den Werten des Grundgesetzes zu globaler Achtung zu verhelfen. Dieser Anspruch darf aber nicht mit einem missionarischen Eifer verfolgt werden, weil das anmaßend wäre und die Kapazitäten Deutschlands als regionale Mittelmacht übersteigen würde. Eine wertorientierte Außenpolitik zur Durchsetzung von deutschen Interessen muss durch die Anziehungskraft von Kultur, Werten und Institutionen überzeugen.³ Gleichzeitig schließt dies aber nicht aus, dass sich Deutschland im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten an völkerrechtlich legitimierten und multilateralen militärischen Einsätzen beteiligt.

Debattenkultur

Wer behauptet, dass eine gesellschaftliche Debatte über die Prioritäten deutscher Außenpolitik bei null beginnen könne, ignoriert die meist fein kalibrierte deutsche Außenpolitik. Diese hat sich im Laufe von 60 Jahren Bundesrepublik an einem Werte- und Interessenkontext orientiert, der zwar über die Jahre modifiziert und erweitert wurde, aber nur selten willkürliche außenpolitische Entscheidungen hervorbrachte.⁴

Außerdem muss die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in einer Debatte über außenpolitische Prioritäten genauso eine Rolle spielen wie bestehende Bündnisverpflichtungen. Beispielsweise darf in einer Debatte über den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr ein Hinweis auf die Ausrufung von Artikel 5 des NATO-Vertrags als Reaktion auf 9/11 nicht fehlen. Nur wer sich solcher Zusammenhänge nicht bewusst ist, kann auf die Idee kommen, dass sich die Antriebskraft deutscher Außenpolitik aus einem „diffusen Pflichtgefühl“ speist.

Auch darf nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Entscheidungen der Regierung und des Parlaments in einer repräsentativen Demokratie Fähnchen im Wind der öffentlichen Meinung sind.⁵ Politische Führungspersönlichkeiten haben

3 Vgl. Nye, Joseph (2004): *Soft Power. The Means of Success in World Politics*, New York, PublicAffairs.

4 Vgl. Hacke, Christian (2003): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Berlin, Ullstein.

5 Vgl. Burke, Edmund: *Speech to the Electors of Bristol*, 3. November 1774.

gegenüber der Bevölkerung und den Medien einen begründeten Informationsvorsprung und es ist ihre Pflicht, bei ihren Entscheidungen einer Verantwortungs- und nicht einer Gesinnungsethik zu folgen.

Um seiner Verantwortung gerecht zu werden, zählt es aber andererseits zu den wichtigsten Aufgaben eines Politikers, in einem kontinuierlichen Kommunikations- und Dialogprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern zu stehen. Dieser muss erstens ehrlich die Wahrheit über Sachverhalte deutscher Außenpolitik darlegen und darf zweitens nicht davor zurückschrecken, auch unpopuläre und komplexe Faktoren deutscher Außenpolitik, wie beispielsweise Bündnisverpflichtungen und historische Zusammenhänge, zu erklären. Die politische Elite würde gut daran tun, endlich stärker in einen solchen Dialog einzutreten. 🌐



Manuel B. Wilmanns,
geb. 1984, M. A. cand.
wilmanns@uni-bonn.de

Lisa Kreuzenbeck, M. A.,
geb. 1984, Politik-
wissenschaftlerin.
lisakreuzenbeck@
gmail.com

Christoph Jansen, M. A.,
geb. 1983, Politik-
wissenschaftler.
c_jansen@gmx.com